

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Bahlke, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Carl Lantau, Magdeburg.
Verlag von W. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Hauptst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Abonnementpreis:
Bierteljährlich inkl. Brtingerlehn 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. zähl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Beitungsliste Nr. 7242.
Infectionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 19.

Magdeburg, Donnerstag, den 23. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Durch Kampf zum Sieg!

Am 18. Januar stiftete Preußens König einen Orden für Männer, Frauen und Jungfrauen, welche sich hervorragend um Wohlfahrt und Beredelung des Volkes, insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete im Sinne der Botschaft Kaiser Wilhelms I. verdient gemacht haben. Wir benutzen die Gelegenheit, um auszusprechen zu können, daß die Sozialdemokratie sich hohe Verdienste um die soziale Wohlfahrt des Volkes errungen und zur Beredelung des niederen Volkes wesentlich beigetragen hat. Wir berufen uns hierbei auf das Zeugnis eines Mannes, welcher noch heute mit allem Ingrimm seines Herzens die Sozialdemokratie haßt und zu deren Unterdrückung die schärfsten Repressalien empfiehlt, ja selbst vor einem Gewaltstreich nicht zurückschreckt — den Fürsten Bismarck!

Am 26. November 1884 erklärte dieser gewaltige Kanzler: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, noch nicht existieren.“ Offen gestand sonach Fürst Bismarck ein, daß die mäßigen Fortschritte in der Sozialreform der sozialdemokratischen Agitation zu verdanken sei. Besser konnte die Wirkung der Agitation auf nationalem Gebiete nicht anerkannt werden. Dieselbe hatte ferner zur Folge, daß alle Parteien sich der sozialen Fürsorge zuwenden mußten. Es steht fest: So lange es eine sozialdemokratische Partei giebt, ist von derselben erhoben worden der gesetzliche Schutz für die Arbeiter. Es steht aber ebenso fest, daß die durch die Botschaft vom Jahre 1881 angekündigte Sozialreform eine Bervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen war. Wurde doch beispielsweise die Vorlegung des Unfallversicherungsgesetzes damit motiviert, daß die bisherigen Veranstaltungen, welche die Arbeiter vor der Gefahr sichern sollten, durch den Verlust ihrer Arbeit infolge von Unfällen oder des Alters in eine hilflose Lage zu geraten, sich als unzureichend erwiesen haben, und diese Unzulänglichkeit nicht wenig dazu beigetragen hat, Angehörige dieser Berufsklasse dazu zu führen, daß sie in der „Mitwirkung der sozialdemokratischen Bestrebungen den Weg zur Abhilfe“ gesucht haben. Die Arbeiter sollten durch Gewährung gesetzgeberischer Maßregeln dahin geführt werden, den Staat nicht als ein lediglich zum Schutze der bestehenden Klasse der Gesellschaft erfundenes, sondern als ein auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienendes Institut aufzufassen. An die Gegner sozialer Fürsorge für die nichtbesitzende Klasse richteten die Motive zur Unfallversicherung die Worte: Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolgt, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten.

Nachdem die Wirkungslosigkeit des Sozialistengesetzes zahlenmäßig dargethan war, die Arbeiter in Scharen der sozialdemokratischen Bewegung sich anschlossen, glaubte man durch Inaugurierung der „modernen Sozialreform“ die Arbeiter von ihrem Wege ablenken und in den allein seligmachenden Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurückführen zu können. Treffend kennzeichnete jedoch der Kopenhagener Sozialistenkongreß diese Taktik der Regierung. Der Kongreß war der Ueberzeugung, daß die Sozialreform nur als Mittel benutzt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken. Die Arbeiter haben sich jedoch von diesem Wege nicht ablenken lassen; sie haben, das Prinzip, welches der Sozialreform zu Grunde lag, wohl anerkennend, ihre Vertretung aber beauftragt, gegen die sozialpolitischen Gesetze zu stimmen. Es ist im Reichstage von den Vertretern der Arbeiter jederzeit nachgewiesen worden, wie mangelhaft die ganze Sozialgesetzgebung sei und daß derselben die richtige Grundlage fehle, ein Arbeiterschutz, der verhindere, daß Krankheit, Unfall und Tod wie bislang so viele Opfer fordere. Obwohl unsere Gegner die Stellung weidlich ausgeschlachtet und so dargestellt haben, daß die Sozialdemokraten den Schutz und die soziale Wohlfahrt der Arbeiter gar nicht erstreben, wuchs und dehnte sich aus die sozialdemokratische Bewegung, so daß selbst die Erlasse im Februar 1890 hierauf Bezug nehmen mußten, welche aussprachen, daß der Kaiser entschlossen sei, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten. Hauptächlich wurde anerkannt, daß eine internationale Verständigung notwendig sei. Von den Arbeitern ist dies bereits vordem anerkannt worden und der internationale Arbeiterkongreß in Paris hat dies unumwunden ausgesprochen. Die Beschlüsse dieses Kongresses sind nicht ohne Wirkung geblieben. Die von der deutschen Regierung einberufene internationale Arbeiterschutzkonferenz hatte die Aufgabe, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und der Schweiz unter sich schon internationale

Verhandlungen pflegten. Damit anerkannte die Regierung erneut die Bestrebungen des Proletariats — die Wirkung der sozialdemokratischen Agitation auf internationalem Gebiete war sonach offenkundig.

Doch weiter! Die Februarerlasse bestimmten, daß neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse einer Prüfung zu unterziehen sind, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen gerecht werden zu können. Die Prüfung sollte davon ausgehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibe — Grundsätze, wie sie in dem von der sozialdemokratischen Fraktion im Jahre 1885 dem Reichstage unterbreiteten Arbeiterschutzgesetzentwurf niedergelegt waren, dessen Beratung jedoch von den Mehrheitsparteien hintertrieben wurde; auch der am 8. Mai 1890 dem Reichstag überreichte Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, der den früheren Entwurf wesentlich erweiterte, kam zu keiner speziellen Beratung, weil der Regierungsentwurf in der Beratung vorging. Die guten Absichten der Februarerlasse wurden durch Bismarck (dessen Sturz bald darauf erfolgte), sowie die Anhänger einer stummen Sozialpolitik durchkreuzt und an Stelle des Arbeiterschutzgesetzes ist etwas anderes entstanden — der Volksmund hat hierfür ein treffliches Wort.

Objektiv betrachtet, war also die Sozialdemokratie das treibende Element auf dem Gebiete moderner Sozialreform und hatte den besten Willen dem Volke die Wohlfahrt zu erkämpfen, dessen Beredelung zu erstreben. Daß ihr dies nicht gelungen, ist nicht ihre Schuld. Das latente Bürgertum, das auf die Gesetzgebung einwirkt, ist noch zu mächtig und übergroß sind die Rücksichten, die der Profitgier der Kapitalistensippe entgegengebracht werden. War es doch dieselbe Regierung, welche Willens war die Dauer und Art der Arbeit zu regeln und dem Arbeiter die Gleichberechtigung zuzusprechen, die später erklären ließ, daß alle Gesetze, die dem Reichstage unterbreitet werden, darauf hin geprüft werden, welche Wirkung sie auf die Sozialdemokratie ausüben. Und dieshalb ist so viel unterblieben, was zu gewissen Zeiten das Ziel der Regierung war. Durch den kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 ist in der feierlichsten Weise anerkannt worden, daß der Staat die Pflicht hat die Arbeitsbedingungen zu beaufsichtigen, sodas die Gesundheit, die Sittlichkeit, die wirtschaftliche Lage und die gesetzliche Gleichheit der Arbeiter mit den Besitzenden gewährleistet wird. Aber heute ist nichts Genügendes geschehen, um dieser Aufgabe des Staates gerecht zu werden. Die Unterstützung des Junkertums, sowie Unterstützung reaktionärer Forderungen des dem Untergange geweihten Handwerkerstandes erscheint der Gesetzgebung noch immer viel wichtiger, als ob Arbeiter in Werkstätten, in Fabriken, auf Werkplätzen und nicht zum wenigsten auf den großen Gütern unserer Großgrundbesitzer bei elender Ernährung, in menschenunwürdigen Wohnungen, bei unzureichenden Löhnen in gesundheitlicher, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung zu Grunde gerichtet werden, ob ihre Menschenrechte von geldgierigen Prozen in gewissenlosester Art mit Füßen getreten werden.

Das latente Bürgertum im Parlamente thut den Arbeitern gegenüber seine Schuldigkeit nicht, die nach den Kaisererlassen von der Regierung anerkannt ist und diese selbst zeigt sich unentschlossen. Wir wissen nur zu gut, daß der Staat diese Pflichten nicht erfüllen kann, weil er eben ein Staat ist, dessen Verwaltung und Regierung, dessen Gesetzgebung und Rechtsprechung von den bestehenden Klassen beeinflusst wird, die aus der schrankenlosen und willkürlichen Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeitern ihren Profit, ihr Wohlleben, ihre Macht nehmen, die deshalb den Arbeitsmarkt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nur in ihrem Interesse zu regeln suchen und daher die böseste Absicht haben.

Weil nun Staat und Gesellschaft dem Arbeiter gegenüber ihre Schuldigkeit nicht genügend thun, haben die Arbeiter die Pflicht, für sich selbst zu sorgen. Da verabsäumt worden ist, was der Staat als notwendig selbst anerkannt, unsere Gesundheit und Sittlichkeit, unsere wirtschaftliche Lage und unsere Gleichberechtigung zu gewährleisten, müssen wir diese Gewährleistung in uns selbst suchen.

Dazu müssen wir uns vereinigen, unsere schwachen Kräfte zusammentragen, unsere Organisationen stärken. Der erste und wichtigste Schritt, den wir zu thun haben, der alle anderen Verbesserungen unserer Lage bedingt, ist und bleibt die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung des Lohnes. Um diese Frage dreht sich als Arge das Wohl und Wehe der Arbeiter. Wir würden gerne auf köstliche und beide Teile

schädigende Ausstände verzichten, wenn der Staat seine Schuldigkeit thun würde. Er thut sie nicht genügend, folglich muß der Kampf entscheiden.

Wie alle Anzeichen bekunden, stehen wir in einer Zeit des geschäftlichen Aufschwunges, in der auch von uns Arbeiten, welche der Notwendigkeit dienen, in stärkerem Maße als bisher verlangt werden. Im Parlamente, ja in den Thronreden wird auf diesen Aufschwung verwiesen und die günstigen Einnahmen des Staates hierauf zurückgeführt — der Aufschwung kann also nicht geleugnet werden von der Kapitalistenklasse und deren Goldschreibern. Auf nun! Sorgen wir dafür, daß uns von diesem Aufschwunge auch unser Teil wird. Das bevorstehende Jahr möchte uns zünftige Gelegenheiten bringen, unsere Lebenslage zu verbessern. Laßt uns diese Zeit nicht verflümen. Organisieren wir die Massen, agitieren und propagieren wir, damit dem Kampfe der Sieg folge. Der Sieg des Proletariats bedeutet die soziale Wohlfahrt des Volkes und dessen Beredelung. In einem unbewachten Augenblick hat der Staat den Arbeitern das Recht gegeben, sich zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen. Die Ausbeuter haßen unser Recht und die ihre Interessen fördernden Organe sind nur zu willfährig, den Arbeitern die Ausübung dieses Rechtes durch allerlei Gesetzes-Auslegungen, Gesetzes-Ausdehnungen, Gesetzes-Umwendungen, durch Rechtsprüche, die kein Mensch von Rechtsgefühl billigen kann, durch Polizeimaßregeln, die die Gesetze in ihr Gegenteil verkehren, möglichst zu erschweren. Wir haben das Recht aber einmal, und die Pflicht gegen uns selbst und der Staat und die Gesellschaft zwingt uns, dieses Recht mit aller Entschlossenheit und mit allem Nachdruck zu gebrauchen. —

Politische und sozialdemokratische Uebersicht.

Aus Harburg wird gemeldet: Der Arbeiter August Sch. aus Jamitz, Kreis Gütten, soll sich im hiesigen Krankenhause, wo er als Kranker war, wiederholt beleidigend über den Kaiser geäußert haben. Er wurde dieserhalb verhaftet. —

Die Jubelfeier wird dem deutschen Volke noch viel Kopfweh verursachen. Wir erwähnten bereits, daß die Marineenthusiasten den Trinkspruch des Kaisers ausnugend, nach Verstärkung der Marine rufen. Jetzt erfährt die Deutsche Warte, daß eine Marinevorlage von der Reichsregierung vorgelegt werden soll. Und von anderer Seite wird sogar behauptet, daß, wenn der Reichstag nicht bewilligungsbereit sei, an eine Auflösung des Reichstages gedacht werden würde. Wir treten einer solchen Ausnutzung des kaiserlichen Trinkspruches auf das Entschiedenste entgegen und werden auf das Treiben der bürgerlichen Marineenthusiasten ein wachsam Auge haben. Nach der Jubelfeier der — Kaiserjämmer! —

Beziehungen Pastoren, soweit sie Mitglieder des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission sind, protestieren gegen die Kündigung ihres Kollegen Wittenberg. Es wird angenommen, daß die Pastoren Werner, Pohl, Rudolf, Oberdiakon Fischer und Diakon Roman dem Verein den Rücken kehren werden, sobald die Ausschließung Wittenbergs perfekt geworden ist. Der humanistischen Richtung werden hierdurch immer mehr Kräfte zugeführt. Die Vertreter der orthodoxen Theologie werden schließlich ganz unter sich bleiben. —

Die politische Zusammensetzung des Reichstages 1871 bezw. 1896 wird in bürgerlichen Blättern nachträglich veröffentlicht. Wir entnehmen aus dieser Zusammenstellung, daß die Sozialdemokratie 1871 6 Mitglieder, 1896 jedoch 47 Mitglieder zählt; 1871 wurden abgegeben 125 000 Stimmen und 1896 verfügt die Sozialdemokratie über 1 781 000 Stimmen, ist somit die stärkste Partei Deutschlands geworden. —

Ueber die Entwicklung der Sozialdemokratie sprach bei dem Festmahle der nationalliberalen Fraktionen des Landtages und des Reichstages der Abgeordnete von Bennigsen. Entgegen der früher von uns kritizierten Behauptung der Magdeburgischen Zeitung, betrachtet der nationalliberale Führer die Entwicklung der Sozialdemokratie als eine selbstverständliche Folge des großen Aufschwunges. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit müßten bei dieser erstaunlich raschen Entwicklung der wirtschaftlichen Thätigkeit nach 1870 auch in Deutschland rasch zur Erscheinung kommen. Redner hoffte jedoch, daß diese Gegensätze unter den Menschen menschlich überwunden werden müssen, mag dies nun in der kirchlichen oder der menschlichen Art geschehen. Es muß eine Brücke geschlagen werden, die wieder den Menschen dem Menschen nähert. Bei uns in Deutschland sei diese Brücke noch keineswegs verloren und es dürfe die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß das deutsche Volk, das diese Gegen-

stärke mit tiefem Gefühl erfasst, endlich doch die Lösung finden wird. Herr v. Bennigsen erhofft die Lösung von einem herzlichen Verhältnis zu den Arbeitern. — Wie fremd muß der nationalliberale Redner der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, deren bescheidensten Forderungen an der Profitgier der Unternehmer zu schanden gehen und eine Veröhnung völlig ausschließen. Nicht Veröhnung, sondern Kampf, unerbittlicher Kampf und Beseitigung des Kapitalismus kann die Gegensätze unter den Menschen überwinden. An eine Veröhnung glaubt niemand. —

Auch die Kreuzzeitung bedauert die Verwendung des von dem Hofprediger Faber ausgesprochenen Citats in einer christlichen Predigt. Der Gladiatorenruf erscheint der Kreuzzeitung nicht als der rechte Ausdruck für das Gelübde deutscher Treue bis in den Tod. (Siehe Tages-Chronik.) —

Die Agitation für den Austritt aus der Landes-Kirche wird von den Berliner Freireligiösen fortgesetzt. Bis jetzt haben sich bei dem Komitee 150 Personen gemeldet, welche aus der Landeskirche ausscheiden wollen. —

Abwardt beabsichtigt in Amerika eine Stellung als Redakteur anzutreten. Öffentlich legt dieser Mann recht bald sein Reichstagsmandat nieder. —

Italien.

Die Anklagekammer des hiesigen Appellhofes beschloß vorgestern, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, das Verfahren im Prozesse gegen Giacinti und Genossen wegen Hinterziehung von Urkunden nicht wieder aufzunehmen und die Akten dem Archive einzuverleihen. Crispi weiß, weshalb er die Panaminogeschichte, bei der er und seine holde wechsellausstellende Gattin samt den Mitröckeln des Crispi sehr stark engagiert ist, mit aller Gewalt vertuscht. — Dem Pariser Blatte Jour (Tag) zufolge, soll in Rom ein Telegramm eingegangen sein, wonach Makalle, der von italienischen Truppen besetzt, von den Schoanern umzingelte feste Platz, in die Hände der Schoaner gefallen sei. Die Regierung soll das Telegramm geheim halten. Herr Barattieri, der italienische General, ist so „hegreich“ wie sein spanischer Kollege Martinez Campos. —

Amerika.

Wie verlautet, hat das Kriegsamt den Gouverneur von Florida angewiesen, sofort Truppen bereit zu halten. Als Grund dieser Maßregel wird angegeben, es behände ein Abkommen für den Verkauf der Insel Cuba an England. Die Vereinigten Staaten müßten deshalb Vorkehrungen treffen, um einer solchen Abtretung der Insel energischen Widerstand entgegen zu stellen. Das klingt sehr abenteuerlich. —

Afrika.

Die Londoner Times meldet aus Kapstadt unter dem 20. d. Mts.: Jameson der Freiweihauptmann und der Rest seiner Anhänger sind unter Bedeckung nach Natal abgegangen. — Aus Prätoria, der Hauptstadt von Transvaal wird gemeldet, daß der größte Teil der politischen Gefangenen gegen eine Sicherstellung von je 2000 Pfund Sterling (40000 Mark) in Freiheit gesetzt worden ist. —

Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

* Mit der allgemeinen Lohnbewegung, welche dieses Frühjahr im Anschluß an die Berliner Gewerbe-Aus-

stellung 1896 in fast sämtlichen Gewerkschaften eintreten soll, beschäftigten sich am Sonntag die Monteurs aus der elektrotechnischen Branche, die Maurer und Zimmerer. In der letzteren Branche besteht bereits jetzt ein partieller Streik, und zwar bei der Firma Blum; es wird beabsichtigt, den Streik in der nächsten Versammlung auf sieben weitere Firmen auszudehnen. Wegen den in diesem Jahre in Berlin stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress haben sich sowohl die Zimmerer, als auch die Maurer ausgesprochen. — Die Holzarbeiter (Zischler etc.) stellten am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung für die in diesem Frühjahr aus Anlaß der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 geplante allgemeine Lohnbewegung folgende von der letzten Generalversammlung formulierte Forderungen auf: „1. Maximalarbeit am Montag und Sonnabend 8 Stunden, an den übrigen Tagen 9 Stunden. 2. Unter Beibehaltung der Stücklohnarbeit eine Minimalabzugszahlung (Kostgeld) von 21 Mark wöchentlich. 3. Eine prozentuale Lohnerhöhung herbeizuführen, wird den einzelnen Werkstätten überlassen.“ — Die arbeitenden Holzarbeiter verpflichteten sich, wöchentlich einen Mindestbeitrag zum Streikfonds von 25 Pfennig zu zahlen. Die Meister sollen zwecks Vorlegung und Besprechung der gestellten Forderungen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen werden. —

Häbische Profite

haben die Kohlenbarone des Ruhrreviers im abgelaufenen Jahre eingehemft. Die Dividenden sind durchweg bei allen Gesellschaften gestiegen. Einige seien hier angeführt. Die eingeklammerten Zahlen geben die Profite des Jahres 1894 an. Der Kölner Bergwerksverein zu Altenessen zahlt seinen Aktionären eine Dividende von 9 Prozent (6 Prozent); die Bergwerks-Gesellschaft Pluto bei Wanne erbrachte 8 1/2 Prozent (5 1/4 Prozent); Zeche Nordstern giebt seinen notleidenden Papierinhabern 8 Prozent (4 Prozent); die Gelsenkirchener Gesellschaft für Bergbau zahlt nur 7 Prozent (6 Prozent); Gesellschaft Ibernia nur 7 Prozent (5 1/2 Prozent); Gesellschaft Bonifacius zahlt 4 Prozent (0 Prozent). Und so weiter! Der Segen des Bergbaues strömt reichlich auf die so bedürftigen Aktionäre hernieder. Welche Summen die einzelnen Gesellschaften erbringen, mag folgendes zeigen: Die Gelsenkirchener Gesellschaft verdiente für ihre Aktionäre 1895 (ohne Dezember!) 4574830 Mark gegen 3830533 Mark im Jahre 1893 (mit Dezember!). Der Zarpener Gesellschaft war die heilige Barbara, Schutzpatronin des Bergbaues, im gleichen Maße günstig. Auch ihre Aktionäre sind gezwungen, über 4 Millionen pro 1895 einzuzahlen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat pro 1895 insgesamt über 38000000 Tonnen Kohlen verkauft; das ist über 60 Prozent der gesamten preussischen Kohlenproduktion (1894 = 70 64 Millionen Tonnen). Ein gewaltiges Kartell, dessen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben mehr als genug zu spüren ist. Für das Jahr 1896 ist die Beteiligung der Zechen an dem Syndikat auf über 41 Millionen Tonnen veranschlagt, da eine ganze Menge neuer Schächte abgeteuft ist. —

Wie diese Profite zu stande kommen, nach welcher „patriotischen“ Grundfäses gewirtschaftet wird, um solche „Entbehrungslohn“ zu erzielen, ergibt sich aus einer Klage der Mindener Eisenindustrie-Aktiengesellschaft darüber, daß das Kohlenyndikat für das Inland sehr teure Preise normiert, dagegen nach Rußland an ein Konkurrenzunternehmen Kohlen zu halbem Preise abgibt. Im vorigen Jahre war es die Handelskammer von Altena, die eine

ähnliche Verschleuderung deutscher Kohle nach Frankreich und Luxemburg durch das Syndikat beklagte. Ja, ja, wo es heißt, den Sozialdemokraten ihre „vaterlandslose Gefinnung“ vorzuwerfen, da sind die Herren von Kohle und Eisen schnell bei der Hand. Aber die Schwächung der heimischen Industrie gegenüber dem Ausland, begangen von den hochpatriotischen Kohlenjunkern — ja, Bauer, das ist etwas anderes. Natürlich sind die Arbeiter es, welche diese Profite liefern müssen. Sie haben keinen Anteil an den steigenden Gewinnen. Im Gegenteil: das Grubensyndikat drückt die Löhne nach Möglichkeit herab. Der Verband der Berg- und Hüttenarbeiter will dem deshalb auch in neuer verstärkter Agitation begegnen. —

Ausland.

* Ueber die Bewegung der schweizerischen Eisenbahngestellten wird berichtet, daß circa 600 Arbeiter der Hauptwerkstätte in Olten ihre Unterschrift gaben zum Anschluß an die Lohnbewegung der Eisenbahngestellten. — In den Kreisen des Eisenbahnpersonals wird versichert, die Centralbahn habe auf der Berner Konferenz erklärt, die Lohnforderungen des Personals vollinhaltlich zu bewilligen. Die Gotthardbahn habe dasselbe versichert, wenn auch nicht dem Wortlaut der Petition gemäß. Die Nordostbahn habe die Dazwischenkunft des Eisenbahndepartements gewünscht, damit die Centralbahn und die Gotthardbahn nicht einseitig vorgehen, da sonst die Begehrlichkeit des Personals zu sehr geweckt und schon nächstes Jahr neue Postulate gestellt würden. — Am Sonntag erklärte sich in Zürich eine Versammlung von Angestellten der Nordostbahn mit der Lohnkommission und dem Verbandsolidarisch. — In Catania war ein Streik der Schwefelgrubenarbeiter ausgebrochen, da die Besitzer der Schwefelgruben mit Lohnverminderung gedroht hatten. Nach verschiedenen Verhandlungen und dank der Vermittlung des Polizeidirektors Lavaffi halten die Besitzer die früheren Tarife aufrecht, und die Arbeiter haben daher die Arbeit wieder aufgenommen. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Hauseigentümer und Möbelhändler Gustav Habekuß hier, geb. 1854, wegen Ruppeld zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Der Händler Heinrich Genge, geb. 1876, und die Arbeitsburden Gustav Genge und Friedrich Genge zu Sudenburg, stiegen am 12. Oktober v. J. über die Mauer in einen Fabrikhof und entwendeten Holzabfälle, wobei sie abgefaßt wurden. Der Gerichtshof strafte Heinrich Genge mit 3 Monaten, Gustav Genge mit einem Monat und Friedrich Genge mit 14 Tagen Gefängnis. — Der Kaufmann und Fabrikant Paul Chiffelard zu Neustadt wurde wegen unbefugten Nachdrucks einer Gebrauchsanweisung, die die Firma Müller u. Kallom ihren Seifen beigibt, mit 50 Mark Geldstrafe belegt. — Der Schiffseigner Friedrich Finkle aus Porey, geb. 1845, hatte Ende Juli v. J. Mais ausgeladen und verkaufte die 40 Centner feuchter Fegsel aus dem Rahr für 160 Mark. Da Kahn hatte der Bootsmann Wilhelm Drogmann aus Porey gereinigt und hatte auch bei Wegschaffen geholfen. Finkle trafen 3 Monate, Drogmann ein Monat Gefängnis. — Der Bergmann Max Burghard zu Mansfeld, war früher hier Bäckerlehrling und veruntreute seinem Meister nach und nach 20,50 Mark. Burghard erhielt dafür 2 Wochen Gefängnis. — In nicht öffentlicher Sitzung wurde die verehelichte Agn

Festleton.

Im Eril.

Roman von Georges Renard. Antiquarische Uebersetzung von Marie Renard.

Der Chefredakteur war ein stiller, rot ausschender Purke der vor Gewandtheit zu plagen schien, gewöhnlich im Benehmen und in der Sprache, so daß man ihn viel eher für einen Viehhändler in Sonntagswille, als für einen Schriftsteller gehalten hätte. Er empfing die beiden Kameraden mit aufdringlicher Vertraulichkeit. „Sehr nett, Ihre kleinen Kunstwerke“, jagte er zu René. „Sehr nett! Eine Leserei! Die reine Schlagjahne! Konfekt! Es ist nur schade, daß unser Blatt nicht für Dichterpensionate bestimmt ist. Das würde diesen ungeschicklichen Seelen gefallen. Aber possumend! Sie haben sich an die falsche Adresse gewandt. Unser Publikum will Paprika, Gewürze. Man muß es nach seinem Geschmack bedienen. Ganz abgesehen davon, daß Ihre Viedermänner nicht der Wirklichkeit, der Natur entnommen sind.“ René, der sich verlegt fühlte, blieb dabei, daß er keine Gebirgsbewohner und die Epochen aus dem schwitzigen Leben von nach der Natur gezeichnet habe. „Ach, gehen Sie doch“, erwiderte der andere mit zermalender Sicherheit, „ich bin nicht in der Schweiz gewesen. — ist auch garnicht nötig; ich kenne sie aber, die Bayern! Sie sind überall dieselben. Hohe Seele, geistbeimige Bestien. Das lebt einträchtig mit den Schweizer zusammen, das imit nach Vieh, nach Milch, nach Fasel. Wollen Sie, daß man sie in Ihren Erzählungen wieder erkennt? Dann spielen Sie dieselben mit Jähren, Sonntagen, Notizen, Kindesabreibungen, Antikeitigkeiten! Aber Ihre kauischen Gebirgsbauern, die wahre Blumen an Knospen sind, die Herzen zu verwirren haben, die wie die kleinen Hässchen an den lieben Gott und an den Dämon glauben, o la la! Das ist viel zu reinlich, um wahr zu sein. Und das Ideale zieht nicht mehr, das ist abgetrennt.“ Während René diese Donner naturlicherer Stimm empfing, sah er plötzlich in einer Vision Herrn Florian von Maranod vor sich, den Direktor der romanischen Revue, wie er von ihm mit ganz derselben Energie Kindergeschichten ohne trübe Worte, ohne Leidenschaft und jedoch wie möglich ohne Liebe verlangte. Er konnte bei dieser unwillkürlichen Gedankensverwandlung ein trübes Gesicht nicht unterdrücken.

Der Journalist jagte den Sinn dieses Säheins falsch auf. Er glaubte, René wäre bereit, sich zu der einträglichen Schungslitteratur zu bekehren und fuhr fort: „Sehen Sie wohl, Sie nehmen die Dinge wie es sich gehört. Sie wollen doch schreiben, Geld verdienen, nicht wahr? Wohlan, glauben Sie mir; fabrizieren Sie uns Novellen nach der Mode des Tages. Es schadet garnichts, wenn sie auch ein bißchen laßig und schwarz gefalzen sind, selbst wenn die Weiber sich die Nase zuhalten! Naches zieht besser als der Stendal. Schlagen Sie die Fenster ein, zwingen Sie die Leute, sich umzuwenden, nach dem Büdel zu rufen. Sie werden bald Bejer, einen Namen und zehn Sous für die Zeile haben.“ René jagte noch immer nicht überzeugt zu sein. Der andere fuhr deshalb fort: „Sie stellen sich dies vielleicht sehr schwierig vor? Das ist es durchaus nicht. Naches weiter als ein Kunstgeiß, eine Sache von acht Tagen, wenn man intelligent ist.“ „Halt! Fremd Cayrolaz“ — und Fremd Cayrolaz empfing einen wichtigen Schlag auf die Schulter. — „Fremd Cayrolaz hat den Sinn sofort begriffen. Er ist einer unserer regelmäßigen Referenten. Er hat sogar ganz allein den Dint erwidert, seine dekollektierten Studien mit einem Frauennamen zu unterzeichnen. Jawohl! Adele von Moravia, das ist er. Sie wußten es nicht? So offenbar die Jähren hiermit die Geheimnisse des Hauses. Aber ich hoffe, Sie werden auch dabei sein, denn, man kann es nicht anders sagen, Sie haben ein gewisses Talent, und sobald dies angehebelt sein wird.“ „Ich danke“, jagte René. „Ich finde keinen Gefallen an dieser Art zu schreiben.“ „Ach, Sie spielen sich auf den Jofel aus“, jagte der andere überreich und fast verlegt. „Sie thun Unrecht, mein lieber Herr. Doch nicht es Jähren ja frei, den Anschlag zu verpassen. Sie es Jähren beliebt!“ René verjagte seine Erzählungen bei anderen Blättern jeder Größe und Farbe unterzubringen. Er konnte jedoch nur die Thatsache feststellen, daß die Höflichkeit in dem Grade geringer wurde, als das Format der Zeitungen sich verkleinert. Die großen Blätter lehrten seine Manneskäpfe höflich ab, die kleinen antworteten nicht und befielen sie stillschweigend, so daß er sie nie wieder sah. Demnach kammer er sich mit allen Kräften an eine letzte Hoffnung. Heute er nicht seinen Namen, der ihn retten, ihn vielleicht über seines Gleichen hinausheben konnte? Als Festleton lernte das Werk ihm niedrig gegeben 1200—1500 Franc einbringen. Man wurde viel-

leicht auf ihn aufmerksam, ein Verleger würde ihn günstigen Bedingungen annehmen. Einige Tausen Exemplare würden verkauft werden. Der Autor hätte aufgetmet, triumphiert und sofort ein neues Werk vorbereitet. René berauschte sich so an seinem künftigen Erfolge. Er erwog seine Chancen mit aller Gewissenhaftigkeit, deren er fähig war. Der Titel war gut, drückte das, was er sagen wollte, treffend aus: „Männliche Herzen“. Das klang wie ein Hornsignal ins Ohr. Der Stoff war groß angelegt, nicht alltäglich. Es war die Geschichte eines jungen Millionärs, der sich eines Tages, als er dreißig Jahre alt ist, von allen Genüssen ermüdet und angeekelt fühlte. Um die Leere seines Lebens, unter der er litt, auszufüllen, suchte er nach einer nützlichen Verwendung seiner Kraft und seines Vermögens. Er tastete überall umher, sah ein, daß es leichter ist, schlecht als gut zu handeln, und allmählich begriff er, daß das beste Mittel, glücklich zu sein, darin besteht, sich dem Glück der anderen zu weihen, daß es die erhabene Aufgabe eines Reichen sein muß, an der Ausrottung der Armut zu arbeiten. Als Wahlpruch wählte er sich die Worte: Löre das Geld durch das Geld. Aber weg mit der alltäglichen Wohlthätigkeit, welche das Elend aufrecht erhält, dadurch, daß es dasselbe unterstützt! Was er wollte, das war, das Nachwachsen der der Hydra abgeschlagenen Köpfe zu verhindern. Er wollte die Beteiligten selbst, die Arbeiter, die Bauern nach ihren Träumen und Bestrebungen fragen. Er gründete eine Liga für soziale Neugestaltung, prämierte die besten Pläne, unterhielt eine große Zeitung, die der Propaganda seiner Ideen dienen sollte und unterstützte eine eifrige Agitation durch Geldmittel. Naturgemäß kam es bald zum Bruch zwischen ihm und seinen Angehörigen und Freunden, die ihm vorwarfen, daß er sich mit dem Böbel gemein mache. Er brach auch mit seiner Braut, einer Millionärin, die es ihm nicht verzieh, daß er mit ungebildeten Leuten verkehrte. Zugleich wurde er von den Armen heargwohnt, weil er elegant und gebildet war. Von zwei Seiten angegriffen, fuhr er trotzdem hartnäckig fort, sich heroisch zu rammieren. Dann, als seine Mittel erschöpft waren, kehrte seine Verloste, bewegt durch den Edelmut seines Opfers, zu ihm zurück, vermählte sich mit ihm, brachte ihm ihre Millionen zu, und beide begannen von neuem, das Geld mit vollen Händen auszustreuen, damit das Glück der Menschheit aus dem fruchtbar gemachten Boden aufsprüngen sollte. (Fortsetzung folgt.)

Charlotte Hoffman hier wegen Knippsel zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt. — Der Arbeiter Friedrich Feuerhag hier zog für seinen Arbeitgeber im November 1895, 16,50 Mark ein, die er unterschlug. Einmal versuchte er vergeblich, sich die Zahlung von 7,45 Mark zu erzwindeln. Zu diesen seinen Straftaten fälligte er auch eine Rechnung. Ihn trafen 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Düsseldorf. (Mittelst Gummischläuchen gemißhandelt.) „Offizielle“ Gummischläuche für die Polizeibeamten hat die Stadt Rehyd bei W. Gladbach angekauft. Hier Polizeibeamte aus Rehyd, Polizeiwachmeister Josef Fischer, Polizeiwachmeister Hermann Stumpf und die Schutzleute Johann Witz und Wilhelm Hauer, standen vor der Strafkammer II des Landgerichts unter der Anklage, am 28. März den Schreiner Peter Breiden und dessen Eltern Eheleute Fabrikarbeiter Johann Breiden aus Rehyd mittelst der Gummischläuche mißhandelt zu haben. Peter Breiden wurde am 28. März, einem sehr lebhaften Aushebungstage, verhaftet, weil die Polizeibeamten sich von ihm verhöhnt glaubten. Beim Transport zur Wache wurden er und seine intervenierenden Eltern von den Beamten gefoltert und geschlagen. Als Wachtmeister Stumpf den Verhafteten nach Feststellung seiner Personalien entlassen hatte, begegnete Wachtmeister Fischer und Hauer ihm auf der Straße. Fischer arrestiterte den Breiden wieder, weil er glaubte, er sei aus dem Polizeigewahrsam entflohen. Fischer und Hauer transportierten Breiden jetzt nach dem Gefängnis, wo sie ihn in einer Zelle mit ihren Gummischläuchen jämmerlich mißhandelten. Bürgermeister Dr. Strauß aus Rehyd sagte aus, daß schon häufiger Rehydter Polizeibeamte wegen ähnlicher Delikte bestraft worden seien, er habe deshalb neuerdings drei entlassen. Die Gummischläuche seien angekauft worden, um Mißbrauch mit Säbeln zu verhindern; die Schläuche seien keine gefährliche, aber sehr wirksame Waffen. Das Urteil lautete gegen Stumpf und Witz auf Freisprechung, Wachtmeister Fischer erhielt 5 Monate, Schutzmann Hauer 3 Monate Gefängnis; außerdem müssen die beiden 250 Mark Buße an den Mißhandelnden zahlen. Der Zeuge Vete Gustav Effer aus Rehyd wurde im Sitzungssaal wegen Meineids verhaftet.

Hannover. (Stillschleichenverbrechen.) Der Kaufmann Charles Taylor von hier hat sich in mehreren Fällen gegen 13- und 14-jährige Schulmädchen unfütlich vergangen. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Wetzlar. (Kesselplosion.) Der Kesselmacher Gehardt wurde vom Landgericht in Naumburg wegen fahrlässiger Verursachung einer Kesselplosion in der Paulsgrube bei Sudenau zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Magdeburg.

Magdeburg, 21. Januar 1896.

Herr v. Stephan und die Postunterbeamten. Auf Wunsch drücken wir aus der Erklärung des Staatssekretärs v. Stephan noch einmal etwas ausführlicher die Stelle nach, an der der Staatssekretär den Nachweis zu führen versuchte, daß es den Unterbeamten nicht schlecht gehe. Herr v. Stephan sagte: „... Wie wenig die Beamten zu Klagen haben, geht aus folgendem hervor: Bei dem Doerpfundreditor in Hamburg meldete sich ein Postverwalter und sagte, daß, wenn bei der Beratung des Postetats es nötig wäre, einen hundert Postbeamten vorzuführen, man ruhig auf ihn zurückgreifen möge, er wiege 225 Pfund und seine Frau 175 Pfund (Heiterkeit) und er bitte um einen Urlaub, um auf eigene Kosten nach Berlin zu fahren...“ (Heiterkeit.) Bezug nehmend auf dieses Bild, antwortete unser Genosse S i n g e r: „... Der Staatssekretär hat uns das Bild eines Beamten vorgeführt, um an den übrigen Komitern des Herrn zu beweisen, wie gut der angestellte sein muß. So hat dieser Herr und seine Satin auch velleicht sein mögen, so beweist das nichts für die Zufriedenheit der Angestellten. Auch hier würde der Staatssekretär bald zu anderer Auffassung kommen, wenn er einen Rundgang durch die Bureau der Beamten machte; er würde die Wohlgenühen in sehr geringer Zahl finden, aber hunderte und tausende von schlüssigen, überarbeiteten Gestalten, die mit so geringem Gehalt angeestellt sind, daß sie sich nicht so ernähren können, wie der Staatssekretär meint. Was soll dieses Beispiel, wenn es nicht für die Laubst der Jüngster berechnet war, also beweisen? Der Staatssekretär möge sich nur mal die Landbriefträger ansehen, die 35 Kilometer machen müssen!...“

Gleiches Recht für alle! Wer da glaubt, daß die Polizei in unde bei allen Versammlungen revolutionärer Parteien inbesonderen werden muß, wird eines besseren belehrt, wenn wir ihm verraten, daß die letzte „Anarchisten“-Versammlung nahezu bis 12 Uhr her ausgeht wurden dürfen. Keinem Beamten ist es ein, um 11 Uhr Feierabend zu bieten, wie es sonst stets bei den sozialdemokratischen und öffentlichen gesellschaftlichen Zusammenkünften geschieht. Erst am Montagabend mußten z. B. die Schneider um 11 Uhr ihre Beschlüsse fassen, da es die Behörde wünschte. Wie es nun gekommen ist, daß die Anarchisten das Glück, bis über 11 Uhr hinaus sich versammeln zu können, genießen konnten, ist eine sonderbare Frage. Wir wissen nicht, ob darauf eine so schöne Diskussion war, ob aber die sozialdemokratische Partei in demselben Straßenn „disputiert“ worden wie früher, oder ob daselbst vorzügliches Material gewonnen werden konnte, um abermals für die „Anarchisten“ einen Saal zu flachen, wir wissen auch nicht, wie es gekommen ist, daß die anarchische Versammlung von der Polizeibehörde verbannt wurde. Das eine aber wissen wir bestimmt: daß die zielbewusste, tatwillig und sicher vordringende Sozialdemokratie seit Dezember v. J. ihre Versammlungen um 11 Uhr beenden mußte. Erst in der letzten Wochenschrift hieß es: Verpöhlung ein bürgerliches Recht, Sicherung unparteiischer Rechtspflege und die Ziele, welche das Reich unabhängig erstrebt hat. Wenn aber die Polizeibehörde nur bei sozialdemokratischen Versammlungen in Anwendung kommt, dann steigt bei uns der Gedanke hoch, daß die Sozialdemokratie mehr als alle andere geschützt wird. Um jedoch ein einheitliches Recht zu erlangen, muß jede gesetzliche Bestimmung gleichmäßig, ohne Ansehen der Person, lausgeführt, oder was in diesem Falle besser ist, fallen gelassen werden.

Das auf Kosten der gesamten Steuerzahler arrangierte Jubiläumsspektakel ist „würdig“ verlaufen. Alle Bürger, welche in der heutigen Gesellschaft eine einflussreiche Stellung bekleiden, eine materielle Not nicht kennen gelernt haben, waren zahlreich vertreten. Das arbeitende Volk, der kleine und mittlere Beamten- und Handwerkerstand, somit alle, welche die Segnungen der 25 Jahre Deutschland bitter empfanden, fehlten; sie wollten, sie konnten nicht anjähren das hippokratische Gespitz, die herzerwärmenden Worte, die ohne Wärme, ohne Geist widergelaunt wurden. Auf das Phrasengejähne, die Verwendung häßlicher Gelder zu Feiern, an denen die begüterte Klasse Teil nimmt, wird das arbeitende und werthbähige Volk bei Wahlen die richtige Antwort geben. Bis dahin Geduld.

Marineenthusiasten. Die hiesigen Kolonialschwärmer beschloßen am Montagabend die Abendung einer Petition an den Reichstag zur Verstärkung der Flotte „bedehft energischer Mahnung der deutschen

Interessen in allen Erdteilen“. Deutsche Interessen? — Unternehmerinteressen! Aus Arbeiterkreisen wird sich freilich gewiß fast keine Person zur Unterschrift hergeben. Der Arbeiterstand hat kein Interesse an der Stärkung des Militarismus, gleichgültig ob zu Wasser oder zu Lande. Unsere Parole ist: für dieses Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen! —

Die Nebenbeschäftigung verboten. Der Regierungspräsident Dr. v. Heyer in Bismarck hat verfügt, daß fortan keiner der Regierungsmitarbeiter mehr seine dienstfreie Zeit dazu verwenden darf, eine Nebenbeschäftigung zu treiben. Hauptächlich richtet sich diese Verfügung gegen die Beamten, die als ehemalige Militärkapitane an Sonn- und Freiertagen bei Ausführung von Langmärschen in öffentlichen Lokalen mitwirkten pflegten und dadurch mit den Berufsmilitären in Wettbewerb traten.

Umschreibener Postwertzeichen. Das unbrauchbar gewordene Postanweisungen und Postkarten, so lange sie noch nicht zur Postbeförderung aufgegeben und die eingedruckten Marken nicht entwertet sind, auf den Postämtern auch einzeln ungetauscht werden können, ist vielfach nicht bekannt. Wer eine Postanweisung beschreiben oder beschmutzt hat, kann dieselbe am Schalter gegen eine neue umtauschen; für unbrauchbar gewordene Postkarten wird eine 5 Pfennig-Marke als Ersatz gegeben.

Zur Thätigkeit der Feuerwehr. Am Montag vormittag gegen 11^{1/2} Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation „Einbeil Bismarckstraße“ aus alarmiert. Augustastraße 19 war ein Schornsteinbrand entstanden. Der erste Zug der Hauptfeuerwache besetzte mittelfst Reite und Kugel weitere Gehöft. Am Dienstag morgen kurz vor 8^{1/2} Uhr war Dibensterstraße 41 ein Schornsteinbrand entstanden. Der erste Zug der Feuerwehr rückte nach dort und besetzte weitere Kugel. — Am Dienstag mittag kurz nach 1 Uhr wurde die Feuerwehr telephonisch alarmiert. Alte Ulrichstraße Nr. 3 war die Berpadung im Kellersenker in Brand geraten, die Feuerwehr besetzte durch ausgießen weitere Kugel.

Marktbericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes vom 21. Januar 1896. Ochsen Ia. 32-33, Ia. 30-31, IIIa. 28-29; Bullen Ia. 27-28, Ia. 24-26; Kälber Ia. 25-27, Ia. 21-24; Kälber Ia. 33-42, Ia. 30-36; Schafe 20-23, Hammel 24-27, Lämmer — für 50 Kilogramm Lebendgewicht. Schweine 43-46, Sauen 38-40, Eber 30-33 Markt für 50 Kilogramm Schlachtgewicht Schweine werden nach Lebendgewicht mit 40-50 Pfund Tara pro Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara verkauft. Tendenz: lebhaft. Markt geräumt.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Antrieb am Dienstag, den 21. Januar 1896: 112 Rinder (einschließlich 33 Bullen), 160 Kälber, 98 Schafvieh pp., 849 Schweine.

Betrüger. In einer Strafanstalt lernten sich ein gewisser E. W. Saffert und ein gewisser Krüger kennen. In derselben mögen sie allerlei Pläne geschmiedet haben, um sich eine Existenz zu gründen. Mittellos richteten sie Helbigstraße 21 ein Agentur- und Kommissionsgeschäft ein, bezogen aus Wien, Hamburg u. a. Orten Waren aller Art (Reichs- und Niederländer, Cigarren, Wein, Fahrräder, Pianinos etc.) um sie sofort zu verpflanzen. Die Erträge verwendeten sie für sich Beide wurden verhaftet, das sogen. Agentur- und Kommissionsgeschäft aufgehoben.

Verstüchter Hebesfall. Sonntag vormittag zwischen 8 und 9 Uhr wurde im Glast vor dem Ulrichsthor nahe dem Bahnhofsübergange ein Postbote von einem unbekanntem Menschen überfallen. Zwei Bahnbeamte eilten herbei, befreiten den Postboten und nahmen den Räuber fest. — In dem gestern gemeldeten Soldaten-Selbstmord ist noch berichtigend zu bemerken, daß der Soldat Friedrich Wieser hieß und von Dessau Handlungsmacher war.

Das Volksbad bezuzelt in der Zeit vom 13. bis 19. Januar 831 männliche und 75 weibliche, zusammen 906 Personen. 330 Handlanger wurden verarbeitete.

Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme das Dienstmädchen Agnes G., das beim Kochen sich eine Quetsch- wunde an der linken Hand zugezogen hatte, das Hausmädchen Bertha J., das in der Küche ihrer Herrschaft über eine Dede ge stolpert war und dabei eine Verletzung am rechten Fuß erlitten hatte, und der Kaufmann Hugo S., der auf dem Thraasberg ausgeermt und hingefallen war, wobei er einen Knöchelbruch erlitten hatte.

Hospredigers Gladiatorengraß.

Der Hosprediger Faber hat bei den Feierlichkeiten am 18. Januar eine Predigt gehalten, die er nach einem Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mit den Worten beschloß:

Ich sehe einer Lage in Thalenluft klammern; ich höre den Herzschlag der liebevollen Begeisterung in eurer Brust. Wir geloben auf neue für Kester und Reich Treue bis an den Tod! ... Morituri, Caesar, Tesalutant!

Auf Dich aber, Herr Jesu Christi, hoffen wir, und wir wissen, daß Du uns aushilfst. Wir lassen Dich nicht, Du segnest uns denn Amen.

Der von dem christlichen Hosprediger in einem Atem mit einer Anrufung Jesu Christi angeführte lateinische Ruf (Die da sterben sollen, grüßen Dich, o Cäsar!) war der Todesgruß, mit dem bei den römischen Kampfspiele die Gladiatoren den Cäsar von der Arena aus begrüßten, ehe sie zur Belustigung des Cäsars in der Hofloge und der übrigen Zuschauer auf den Tribünen sich gegenseitig abschachteten. Denn die römischen Kampfspiele übertrafen die heutigen spanischen Stiergefächte noch weit aus an entrüstlicher Höhe, weil es Menschen waren, eigens hierzu abgerichtete Fechterknechte, die bis auf den Tod mit einander kämpfen mußten. Eine für römische Empfinden besonders pikante Schlüsselszene jedes Zweikampfes war es, wenn der Cäsar und die Zuschauer durch ein besonderes Zeichen (die gebaltete Faust mit abwärts geklebtem Daumen) dem Sieger anbefahlen, dem am Boden liegenden Besiegten den Todesstoß zu geben. Die Unglücklichen, die in Erwartung dieses Ausganges die Arena betraten, hatten allerdings gegründete Ursache, den Cäsar als „Morituri“, als totgeweihte Opfer, zu begrüßen. Aber ziemt sich das für einen christlichen Priester, diesen historischen Spruch, mit seinen grauerregenden Ideenassoziationen ein Denkmal römischer Entartung, bei einer fächtlichen Handlung auszuwählen als passendste Charakterisierung für seine und seiner Mitpatrioten Erbdenheitsgeföhle gegenüber dem Oberhaupt des Deutschen Reiches?

Und wie verträgt sich dieser Ausdruck mit der Lehre Jesu Christi, der nachzuleben man uns in der Schule lehrte? Aber nicht nur Hosprediger Faber hat sich zu so gemeinlichen Aeußerungen hinreißen lassen, auch andere Geistliche sind seinem Beispiele gefolgt und haben den Nordspatriotismus mit dem Christentum in enge Verbindung gebracht — modernes Christentum. Und da wundert sich unsere honette Gesellschaft, daß das Volk von der Kirche abfällt und selbständig das wahre Christentum, die wahre Menschenliebe pflegt und in diesem Sinne die Kinder zu erziehen bemüht ist. Auch bei uns kam die Geistlichkeit zu Worte und lobte das Land, in dem sie Schätze gesammelt und sorgenfreie Stellen errungen haben. Doch all diesem Gekhue stand das Volk fern, wie es auch nichts gemein hat, mit der Knechtlichkeit und dem Byzantismus, der verschiedentlich bemerkt wurde.

Halle. (Epinios verschwunden.) Der hochbejahrte Almosenempfänger Friedrich Blame wird seit zwei Wochen vermisst. Er wohnete

Verderfrage 8 und hat sich wahrcheinlich das Leben genommen, was

aus Andeutungen hervorgeht, die er vorher hat fallen lassen. — **Prachsch.** (Eisenbahnereignis.) Ein größlicher Unglücksfall ereignete sich Montag vormittag auf dem hiesigen Bahnhofe. Als eine Lokomotive aus dem Lokomotivschuppen herausgebracht wurde, geriet der Arbeiter Kühne in das Erdbewerk der Maschine und wurde getölet. Er hinterläßt 14 Kinder. —

Berlin. (Erschossen.) Der königliche Museumsbeamte Werbesch hat sich auf dem Zwölf-Apostelkirchhofe am Grabe seiner ersten Frau erschossen. —

Selbstmörder. (Das Werk antisemitischer Ordnungsbanden.) Am Abend des 3. September v. J. hatte eine von antisemitischen Agitatoren aufgestachte Menge das Haus des israelitischen Handelsmannes Bloch, dessen Tochter am nächsten Tage Hochzeit halten sollte, arg verunstaltet und einen beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Menge bombardierte das Haus mit allen möglichen Gegenständen und machte schließlich auch Front gegen die einwirkenden Polizeibeamten, die den Exzessanten gegenüber machtlos waren. Nunmehr hat das Essener Landgericht gegen 7 der Unruhstifter verhandelt und drei wegen Verursachung von Schaden zu je drei Monaten Gefängnis, dem niedrigsten Strafmaß, verurteilt. —

Petersburg. (Theaterbrand.) Im Holztheater in Zlatopolsslaw entfiand während der Tagesvorstellung ein Brand. Eine Anzahl Menschen sind verunglückt. Bis jetzt sind 49 Leichen geborgen. —

Pest. (Fabrikbrand.) Das Mittelgebäude der Schlichten Eisen- gießerei wurde durch Feuer zerstört. Der Schaden beträgt 100 000 Gulden. Menschen sind nicht verunglückt. —

Militärische Nachrichten.

Infolge des Gnaden-Erlasses sind im ganzen 40 Soldaten aus dem Militär-Arresthaus in der Lindenstraße zu Berlin am Sonnabend entlassen worden. —

Wegen Ungehorsams verurteilt. Zu 6 Wochen Festungshaft wurde am Sonnabend ein Soldat des 2. Garde-Dragoner-Regiments wegen Ungehorsams verurteilt und noch am selben Tage nach Spandau transportiert. Der Soldat hatte sich geweigert, einen Unratkasten fortzutragen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 21. Januar 1896.

Die Beratung des Postetats wurde heute fortgesetzt, dabei Klagen auf Klagen gehäuft, so daß die Postverwaltung fortgesetzt in die Debatte eingreifen mußte. Selbstverständlich wurden die meisten Klagen als belanglos hingestellt. Abg. Benzmann fragte aber den Herrn Postmeister: Wenn wirklich so viel für die Postunterbeamten gelte, wie seitens der Postverwaltung ausgeführt wird, warum wählen denn diese Beamten in der Mehrzahl sozialdemokratisch? Doch nur weil sie unzufrieden sind. Belustigend ist die Haltung der übrigen Parteien. Nachdem die Sozialdemokraten die Interessen der Postunterbeamten auf das Entschiedenste gewahrt hatten, beiziten sich die übrigen Parteien, diesem guten Beispiele zu folgen und so wurden denn dem Reichstage allerhand Wünsche unterbreitet, die teils angenommen, teils abgelehnt wurden. Die Sozialdemokratie kennzeichnet sich auch hier wieder als die treibende Kraft. Die Postunterbeamten werden die Haltung der Sozialdemokraten zu würdigen verstehen. Morgen stehen Initiativanträge zur Beratung. Das Haus war heute etwas stärker besetzt. — Seitens der Firma Max Schulze u. Co. wurde dem Reichstage ein wertvolles und künstlerisch ausgeführtes Titensafz überreicht, das dem Reichskanzler zur Benutzung überwiesen wurde. —

20. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr.

Es wird in der Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Ben z m a n n (Freil. Sp.) erkennt an, daß die Postverwaltung in den letzten Jahrzehnten Großes geleistet hat, und daß dies wesentlich dem Staatssekretär zu verdanken ist. Aber eine ganze Reihe von Wünschen ist infolge einer bürokratischen Stagnation unzufällig geblieben. Die Wünsche hauptsächlich der Sonntagsträger, in denen wir uns mit den Herren Bürgers und Hise bezeugen, lassen sich erfüllen bei einigem guten Willen der Verwaltung. Die kleinen Industriefiskale müssen mehr berücksichtigt werden. Die unteren Beamten sollen angeblich keinen Grund zur Klage haben. Ich bezweifle es, denn fast ausschließlich wählen diese Beamten sozialdemokratisch. Mir haben bezartige Beamte gesagt, daß sie so handeln, um ihre Behörde klammer zu bereiten. Auch werden sechsjährige Leute in den Dienst nicht mehr eingekleidet. Auch die Oberpostsekretäre haben wegen ihres Gehaltes begründete Beschwerden mit der allgemeinen Finanzlage könnte man vielleicht eine Abhebung der Gehaltsschwelbung motivieren, aber mit der Drohung sollte man uns nicht kommen, die darin liegt, daß wir, wie der Herr Reichshauptsekretär gestern sagte, keine neuen Einnahmequellen erschließen lassen wollen. Herr v. Simson hat es gestern so dargestellt, als wenn die Postverwaltung ein Almosen von der Eisenbahn in der Beförderung erhalte und nur dadurch Nebernahmen ergielte. Ist dies der Fall, dann muß man sparen, besonders bei Postbeamten. Viele Beamte klagen über ihre Dienstwohnungen, die so groß sind, daß sie sie nicht möblieren können. Die Finanznot, von der der Reichshauptsekretär sprach, wird auch bei den Beschwerden des Publikums angeführt. Man kann angeblich Verbesserungen nicht einrichten, wenn man nicht Ersatz für 15 Millionen Einfall erhalte. Die Stadtbüchereibeförderung würde kein erhebliches Minus ergeben, ebenso wenig der verlangte Postleistungsstarif. Ich bejahre, daß der Tarif so hoch sein wird und daß manche Einnahmen der Postkasse durch eigene Expeditionen der Zeitungen verloren gehen werden. Herr v. Stephan ist stolz auf die Monopolisierung des Telegraphenwesens, aber ob dies für das Publikum gut gewesen ist, steht dahin. Deutschland liegt zwar an der Spitze des Telegraphenwesens, aber das ist nicht richtig im Vergleich mit der Bevölkerungsziffer.

Die Petition von Oerresheim ist von der Kommission besfürwortet worden. Die Verhandlungen der Sibt mit der Verwaltung sind sehr reich wegen des dabei zu Tage tretenden bürokratischen Geistes. Dieser zeigt sich auch bei der Benutzung des Telegraphen durch Angehörige des Abonnementen. Das Telephon muß zur vollen freien Benutzung der Besprechenden stehen, sonst können wir zur Willür. Der Hauptpunkt aber ist die Beschüigung. Seit Jahren stellen die Handelskammern die Forderung der Beschüigung, und die Beschüigung der Verkehrsmittel führt — auf allen Gebieten steht dies fest — jedesmal einen kolossalen Aufschwung des Verkehrs herbei. Der Kaufmann, der zunächst empfinden würde, würde durch den gesteigerten Verkehrsverkehr namentlich in den kleinen Städten gedeht werden (Beifall links).

Staatssekretär v. Stephan: Die Altersgrenze für Annahme von Postpächtern ist von 16 auf 18 Jahre hinaufgerückt worden. weil Leute im Alter von 16 Jahren sich nicht charakteristisch genug im Dienst erweisen haben. Es ist Schind des Reichstages, daß die Postpächteralter nicht aufgehoben worden sind, denn gerade bei dieser Kategorie hat er bei der Verbesserung Halt gemacht. Die Finanzlage der Postverwaltung hängt nicht von der Eisenbahn ab. Wenn man die billige Beförderung beschlitten, so möchte auch die Postfreiheit aufhören und dann wäre auch der Kaszfall gedeht. Die Postbeamten werden im wesentlichen in drei Jahren einen Stillstand erfahren haben wie nicht; und immer über zu kleine Wohnungen gestellt worden. Mit jeder Verteilung vermehrung wachsen auch die Ausgaben der Verwaltung, das ja. —

Der Vorredner übersehen, und das wird sich grade bei der Erweiterung des Telephonnetzes ergeben. Die Schweiz hat bereits zweimal eine ...

In Ungarn hat man den Bonentaxif vor kurzem ganz erheblich ...

Abg. Förster (Neustädt, Antik) fährt aus: Die Zufriedenheit der Beamten ...

Abg. Sacherer (Mitl.) rechnet es dem Staatssekretär zum Vorwurfe an, daß er es bei Zeiten verstanden habe, das Fernsprechwesen ...

Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.) er habe die Behörden nicht generell zum Einschreiten gegen ihre Beamten aufgefordert, sondern nur ...

Abg. S. G. u. S. (Mitl.) tritt nochmals für diesen Antrag ein und empfiehlt ebenso den Antrag auf Einschränkung des Ballettbesitzes ...

Abg. Schall (Kos.) spricht im Namen seiner politischen Freunde aus, daß er der Tendenz des Entwerferbüros vollkommen zustimme, aber ...

Die Diskussion wird geschlossen. Der Titel „Staatsjournale“ wird mit der Resolution der Kommission (betr. Einstellung des Palastdieners ...)

Ohne wesentliche Debatten werden die Titel 1-21 Kapitel 3 angenommen. Zu Titel 22 liegen zwei Anträge Dr. Schäbler und ...

Nach kurzer Begründung durch beide Antragsteller bittet Unterstaatssekretär Fritzsche die Anträge abzulehnen. Derselben ...

Abg. Erdbar (Centr.) tritt für den Antrag Schäbler ein. Staatssekretär Dr. v. Stephan entgegnet, das, was die Anträge ...

Abg. Dr. Schäbler (Centr.) fährt aus, es müsse da, wo gleiche Dienstaufträge seien, auch gleiche Abonnement sein. Die Abimmung über die Entzüge wird vorläufig ausgeföhrt. Hieran wird die Beratung vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Initiativbeiträge; an erster Stelle Antrag ...)

Die Margarinegesetz-Kommission beschloß am Dienstag, die in der Vorlage enthaltene Kontrolle der Herstellungs- und Verkaufsräume der Margarine durch Sachverständige auch auf die Herstellung von Butter auszubehnen ...

Die Kommission für die Handwerkskammern begann am Dienstag ihre Sitzungen. Abg. Hitze empfahl seine bekannte ablehnende Resolution. Nachträge und Fehr. Heyl zu Herrnsheim beantragten ...

Abg. Richter wandte sich gegen die falsche Beurteilung der Finanzlage durch Herrn Meusel, die jetzt in den günstigsten Abzählungen zu Tage trete. Redner beleuchtete die Politik des Ministers, das werbende Aktivvermögen des Staates ...

Am Dienstag begann die erste Beratung des Staatshaushaltsetats. Abg. Richter wandte sich gegen die falsche Beurteilung der Finanzlage durch Herrn Meusel, die jetzt in den günstigsten Abzählungen zu Tage trete. Redner beleuchtete die Politik des Ministers, das werbende Aktivvermögen des Staates ...

Nachdem Richter den landwirtschaftlichen und den Restposten des Ministeriums des Innern erörtert, sprach er aus dem Report des Kultusministeriums die Verfolgung der freireligiösen Kinder wegen des Religionsunterrichts, lobte den Versuch, das diskretionäre Ermessen der Schulverwaltung durch Spezialgesetze zu beschränken, und tadelt in entschiedener Weise die Ungerechtheit, mit welcher im Lehrerbesoldungsgesetz die Staatszuschüsse den größeren Gemeinden entzogen werden sollen. Alsdann würde das platte Land mehr für Volksschulen erhalten, als es an direkten Steuern überhaupt aufbringt. Dem Abgeordneten Richter antwortete der Finanzminister. Daraus, daß Abg. Richter überall vorzöge und zweifelhafte Steuervermehrungen bekämpfte, versuchte er zu folgern, daß Abg. Richter überhaupt seit zwanzig Jahren niemals eine Vermehrung der Steuern würde gebilligt haben. Wenn er, der Minister, zu viel Gedanken habe, so laße Abg. Richter einen Mangel an solchen und sei ...

Abg. Richter wandte sich gegen die falsche Beurteilung der Finanzlage durch Herrn Meusel, die jetzt in den günstigsten Abzählungen zu Tage trete. Redner beleuchtete die Politik des Ministers, das werbende Aktivvermögen des Staates ...

Nachdem Richter den landwirtschaftlichen und den Restposten des Ministeriums des Innern erörtert, sprach er aus dem Report des Kultusministeriums die Verfolgung der freireligiösen Kinder wegen des Religionsunterrichts, lobte den Versuch, das diskretionäre Ermessen der Schulverwaltung durch Spezialgesetze zu beschränken, und tadelt in entschiedener Weise die Ungerechtheit, mit welcher im Lehrerbesoldungsgesetz die Staatszuschüsse den größeren Gemeinden entzogen werden sollen. Alsdann würde das platte Land mehr für Volksschulen erhalten, als es an direkten Steuern überhaupt aufbringt. Dem Abgeordneten Richter antwortete der Finanzminister. Daraus, daß Abg. Richter überall vorzöge und zweifelhafte Steuervermehrungen bekämpfte, versuchte er zu folgern, daß Abg. Richter überhaupt seit zwanzig Jahren niemals eine Vermehrung der Steuern würde gebilligt haben. Wenn er, der Minister, zu viel Gedanken habe, so laße Abg. Richter einen Mangel an solchen und sei ...

Abg. Richter wandte sich gegen die falsche Beurteilung der Finanzlage durch Herrn Meusel, die jetzt in den günstigsten Abzählungen zu Tage trete. Redner beleuchtete die Politik des Ministers, das werbende Aktivvermögen des Staates ...

immer auf dem Manchesterstandpunkt stehen geblieben während angeblich die ganze Welt mit der Veränderung der Dinge heute die Verhältnisse ganz anders betrachte. Der Vertreter der Polen, v. Jagdzewski, klagte insbesondere über den Verein zur Förderung des Deutstums im Oden. Der konservative Abg. Graf Eimburg legte Verwahrung dagegen ein, daß seine Partei mit der christlich-sozialen Richtung etwas gemein habe. Dann gab er die Versicherung, daß die Fraktion einstimmig für den Antrag Kanitz eintrete und an dem Verhalten des Bundes der Landwirte und dessen Agitationsweise nichts auszusetzen habe. Die Diskussion wird am Mittwoch fortgesetzt. Auch Stöcker steht noch auf der Rednerliste. Er wird wohl über die Christlich-Sozialen sprechen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der Vorwärts hatte in Nr. 65 ein Referat abgedruckt über eine Verhandlung vor dem Landgericht ...

Coblenz. Der Soldat des Regiments Nr. 68, Klaber, wurde als Raubmörder hier eingeleitet.

Wannheim. Das Schwurgericht verhandelte gegen eine Falschmünzfabrik, die falsche Zweimarkstücke angefertigt hatte. Der Hauptschuldige, Fabrikarbeiter Kattermann aus Amdorff, erhielt 2 1/2 Jahr Zuchthaus.

Wien. In Oberstieier richteten Lawinstürze großen Schaden an. Bei Mattenmann wurden eine Kähler und Meierei und großer Viehstand verschüttet. Außerdem wird noch ein Knack vermisst.

Prag. Nach Schluß einer Versammlung zogen 3000 Arbeitslose demonstrierend vor die Polizeidirektion. Es kam zu Reibereien, Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zürich. Der Große Stadtrat beschloß, eine totale Wohnungsenquete diesen Herbst vorzunehmen und gewährte 30 000 Frank. Kredit.

Magdeburg, Versammlungen, Vergütungen etc. (Mitteilungen müssen bis 11 Uhr vormittags in unseren Händen sein.) Eine öffentliche Versammlung aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter findet Sonnabend, den 25. Januar, im Lokale des Herrn Grothaus, Magdeburg, Kleine Klosterstraße 16, statt.

Erteilerungen. (Anonyme Anfragen werden nicht berücksichtigt.)

H. M. Unter dem Gnadenverlaß fällt nur derjenige, der am 17. Januar 1896 bereits rechtserfähig beurteilt war, also nicht diejenigen, die am oder vor dem 17. Januar beurteilt waren und Verurteilung oder Revision eingeleitet haben, ohne daß bis einschließlich am 17. Januar über das Rechtsmittel rechtskräftig erkannt war.

Neue Auflage! Hausbuch der Gesundheit von Dr. Paul Schmidt zum Preise von 2.00 Mk., in Brauchband 2.50 Mk. In beziehen durch die Buchhandlung der Volkstimme sowie sämtliche Kolportage.

Elegante Masken-Garderobe zu sehr soliden Preisen. Wilh. Vollmar Sudenburg, Schönringstraße 27a. Weg Damen-Waarenanzüge zu verlässigen Fernverkäufen, Schicksalsjahr 17 II Privat-Mittagsstich zu 40 Pfennig Preisendbeckstraße 68 v. II r. 132

Albert Wolfskämpf zu seinem heiligen Geburtstage ein dankbares Hoch! 27 Mehrere Stammgäste. Aufforderung! Fordere hiermit alle diejenigen, welche meiner Mutter, der Witwe Uhlenhut usw. Reinhold noch etwas schulden, sich bis zum 1. Februar bei mir zu melden, widrigenfalls die Sache dem Gericht übergeben wird. 36 R. Reinhold, Charlottenstr. 16 a. Nbl. Wohnung an dem Morgenstraße 10 West. fr. Wohn. z. van. Hundsbüchstr. 8

Totgeburt: Ein Sohn, unehelich. Buchau, am 21. Januar 1896. Geburten: Walter, S. des Fleischermeisters Emil Fehle, Karl, S. des Schlossers Carl Schäper. Sally, T. des Maschinenheizers Gustav Hoffe. Margarete, T. des Arbeiters Wilhelm Wolf. Elisabeth, T. des Weichenstellers Otto Schmalz. Elisabeth, T. des Arbeiters Johann Knafowitz. Todesfälle: Erna, T. des Produktiven Richard Wäde, 2 J. 3 M. 17 T. Neusehden, den 21. Januar 1896. Aufgebote: Kupferstecher Ernst Aug. Rothkühn mit Auguste Friederike Wilhelmine Frick. Eheverlobung: Leptzier Heinrich Döring mit Ulrike Regler. Geburten: Margarete, T. des Schuhmachers Karl Albrecht. Emma, T. des Arb. Albert Dämming. Maximilian, S. des Schneiders Robert Hoffmann. Todesfälle: Ehefrau des Schlossers Carl Wismar, Emma geb. Richter, 32 J. 1 M. 25 T. Walter, S. des Fleischermeisters Jeanz Mendorf, 1 J. 5 M. 18 T. Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Kühn, Ida geb. Dahl, 21 J. 4 M. 17 T. Julius Andreas Frick, unehelich, 12 T. Blume Boigt, Friederike geb. Busse, 70 J. 4 T.

Naturheilverein Neue Neustadt. Freitag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Weissen Sirsch, Friedrichsplatz 2. Vortrag des Herrn Dr. P. Dietrich über: Unterleibsleiden der Frauen. In diesem Vortrage ist nur Frauen der Zutritt gestattet.

Streitweg 89-90. Bettstelle mit Matrutz, sehr gut gearbeitet, mit 40 und 45 Federn, 28. 50 Mk., Kleiderkasten von 26 Mk. an, Kommoden von 17 Mk. an, sowie Spiegel, Tische, Stühle, alles zu außerordentlich billigen Preisen. Nur Streitweg 89-90 14 Georg Mook.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Satobstraße 3. halber lange Jahre bei dem berühmten wackden Arzte Dr. Volbeding, (Niesdorf) Heilung sämtlicher Krankheiten. Standesamt. Magdeburg, den 21. Januar. Aufgebote: Walter Wilh. Hildebrandt, Friedrich Wegener geb. Hantel hier. Kaufmann Hermann Hirsch in Chemnitz mit Elise Singer hier. Eheverlobung: Kaufmann Max Jander mit Elise Schulz hier. Schiffer Hermann Karzmann mit Dorotee Klappich hier. Geburten: Otto, S. des Schneiders Emil Bräunigk. Erich, S. des Schneiders Paul Renze. Marie, T. des Arb. Wegner. Heinrich, S. des Sattlers Kar. Jäger. Siegrid, S. des Prem. Dienst. im Rhein-Landwehr Nr. 4 und Adjutant der 3. Reserve-Infanterie Siegfried v. Held. Wilhelm, S. des Arbeiters Carl Bierhals. Ida, T. des Schneiders Jul. Schumann. Maria, S. des Fleischermeisters Aug. Rolze. Helene, T. des Schmeizers Jozef Holzig. Erna, S. des Tischlers Ernst Köhling. Wilhelm, T. des Handlungsgesch. Wilhelm Albrecht. Friede, T. des Tischlers Wilh. Hirsch. Friede, T. des Tischlers Albert Sattler. Karl, S. des Schiffbauers Paul Sattler. Maria, T. des Tischlers Julius Sattlermann. Ida, T. des Kaufm. Albert Sattler. Todesfälle: Wilhelm geb. Jone Ehefrau des Schneiders Hans Hendrich, 79 J. 11 M. 23 T. Walter, S. des Schneiders Karl Jäger, 47 J. Bruno Schulz, Schuhmacher, 76 J. 4 M. 1 T. Wilhelm Müller, Glasmeister, 84 J. 10 M. 25 T. Ida, unehelich, 1 J. 10 M. 1 T. Hans, ehem. Schuhmachermeister, 75 J. 1 M. 2 T. Auguste geb. Frenig, Ehefrau des Schneiders Wilhelm Kaufm. 82 J. 7 T.

Stadt-Theater. Donnerstag den 23. Januar. Zar und Zimmermann. Komische Oper in 3 Akten. Musik von Albert Döring. Wilhelm-Theater. Donnerstag, den 23. Januar. Die Karlschülerin. Achtenzettel der Magdeburger Volkstimme. 1. Küche Thronberg 37; 2. Küche Sack Str. 3. Küche Schmiedstraße 61, Nordst. Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit Kartoffeln. Freitag: Schmorbraten mit Salzkartoffeln und Würstchen. Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Rindfleisch. Achtenzettel der Haushaltungsschule des Damenvereins. Streitweg 82. Donnerstag: Brühsuppe mit Karriesseln, Fleisch, Kürbiss, Kumpfisch und Salzkartoffeln. Freitag: Eierbrüh, Kartoffelsuppe und gebratene Leber. Sonnabend: Bohnensuppe und Kürbiss, Salzkartoffeln und Sardellenauce. Hierzu als Beilage Bogen 7 des Romans: Die Wälder nieder.

Neu! Sehen erlöset: Neu! Die Gewerbe-Inspektion in Deutschland England, Frankreich, Oesterreich usw. Kritische Darstellung ihrer Geschichte u. ihres gegenwärtigen Zustandes von Dr. Max Quarek. Preis 20 Pf. In beziehen durch die Buchhandlung der Volkstimme, sowie alle Kolportage.

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Silbig! Schuhwaren. Silbig! Große Damen-Parade, Damen, Kleider, Hüte, Strümpfe, Socken, Handschuhe, nur Silbigstrasse 44. 34

Sieder gesucht, der selbstständig in der Holz- u. Papier-, u. Dampfabrik, Siccant u. verwandten Fabr. Fabrikation mit großer Menge des höchsten Holzgeschäfts, möglichst auch mit Führung der Fabrikation, erheben an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. unter N 4649. 33 Den Herrn Camillo Schietzel zu seinem heiligen Geburtstage ein dankbares Hoch! Ich bin stolz auf Sie und Ihre Familie und Ihre Erziehung.

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene Kissenarover haben billig zu verkaufen. Sie sind zum Kaufmann ...